

Parität: Verfassungsgerichtshof Thüringen weist Gesetz zurück

AfD hat mit ihrer Klage Erfolg

Weimar. Der Thüringer Verfassungsgerichtshof hat das Reißverschlussprinzip bei der Besetzung von Kandidatenlisten für Landtagswahlen mit Männern und Frauen für nichtig erklärt. Das im vergangenen Jahr vom Thüringer Landtag beschlossene Paritätsgesetz beeinträchtigt das Recht auf Freiheit und Gleichheit der Wahl sowie das Recht der politischen Parteien auf Betätigungsfreiheit, Programmfreiheit und Chancengleichheit, hieß es am Mittwoch in Weimar.

Das Paritätsgesetz sieht vor, dass Parteien in Thüringen ihre Kandidatenlisten für Landtagswahlen abwechselnd mit Männern und Frauen besetzen müssen. Erstmals hätte diese Regelung bei der im April 2021 anstehenden Landtagswahl gegolten. Sie kann nach der Gerichtsentscheidung aber nun keine Anwendung mehr finden. Gegen das Paritätsgesetz hatte die AfD geklagt. Sie hatte argumentiert, dass die zwingende paritätische Besetzung die Parteien in ihrer Freiheit beschränke, selbst über Kandidaten für Landtagswahlen zu entscheiden.

Die Linke im Brandenburger Landtag sieht im Urteil des Thüringer Verfassungsgerichts keine Voraussetzung für Brandenburg. „Das letzte Wort wird ohnehin das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe haben“, erklärte die Innenpolitikerin Andrea Jöhlig am Mittwoch. In Brandenburg verhandelt das Verfassungsgericht am 20. August mündlich über eine ähnliche Regelung, die der Landtag 2019 beschloss und die seit Juli in Kraft ist. **dpa**



Demonstration in Weimar für die Paritätsregelung. BILD: MARTIN SCHULTZ/DPA

Terrorismus: Polizei durchsucht mehrere Gebäude in Berlin

Razzia gegen Islamisten

Berlin. Bei einer groß angelegten Razzia gegen die Islamisten-Szene in der Hauptstadt sind unter anderem rund 10 000 Euro Bargeld und gefälschte Aufenthaltss- sowie vermutliche gestohlene Personalakten beschlagnahmt worden. Es geht um den Verdacht der Terrorismusfinanzierung, Bestechung und Bestechlichkeit, Betrug bei Corona-Soforthilfen und Sozialleistungen sowie Bedrohung und Beleidigung, teilte die Staatsanwaltschaft am Mittwoch mit. In mehreren Strafverfahren werde gegen zwölf Verdächtige ermittelt.

Laut Polizei waren 450 Beamte seit 6.00 Uhr im Einsatz. Sie durchsuchten 19 Wohnungen und Gewerberäume in vier Stadtbezirken. Mosechen seien nicht betroffen gewesen. Die Ermittler vollstreckten im Auftrag der Staatsanwaltschaft 20 Durchsuchungsbeschlüsse. Vor einem Gebäude im Bezirk Reinickendorf sei es zudem zu einer bedrohlichen Situation für die Einsatzkräfte gekommen. Eine der Islamisten-Szene zugeordnete Person sowie drei Begleiter, die von der Durchsuchung nicht betroffen waren, sollen versucht haben, einen Polizisten einzukreisen. Dieser habe seine Dienstwaffe gezogen und Reizgas gesprüht, so dass die Gruppe abgedrängt werden konnte. **dpa**

Kommunikation: Politiker inszenieren sich gerne für Fotos – nicht immer gelingt das auch

Pferde, Idylle, Gummistiefel: Die Macht der Bilder



Kanzlerin Angela Merkel und CSU-Chef Markus Söder in dieser Woche bei einer Bootsfahrt auf dem Chiemsee.

Von Hagen Strauß

Berlin. Es sind Fotos für die Ewigkeit, die Bayerns Ministerpräsident Markus Söder von sich und Angela Merkel schießen ließ. Er und die Kanzlerin in dieser Woche bei strahlendem Sonnenschein allein auf einem Boot, dann in einer Kutsche und schließlich noch im prunkvollsten Saal von Schloss Herrenchiemsee. Söder weiß ganz genau um die Wirkung von solchen Bildern. Genauso wie andere Politiker.

Doch wer es übertreibt, dem kann die Inszenierung auch zum Verhängnis werden. Der CSU-Chef hat ja nicht nur Freunde in der Union, speziell in der CDU, die derzeit auf der Suche nach einem neuen Parteichef ist. Mit zwei der drei Aspiranten – Armin Laschet, Norbert Röttgen und Friedrich Merz – liefert sich Söder ein Rennen um die Kanzlerkandidatur, auch wenn er das zum jetzigen Zeitpunkt öffentlich in Abrede stellt.

Experten im Team

Manch einer bei den Christdemokraten ist schon genervt vom protzigen Auftreten des Bajuwaren, von Einlassungen wie, wer Kanzler werden wolle, müsse sich in der Corona-Krise bewähren. Intern soll Söder bereits getadelt worden sein. Das Problem der Kritiker ist aber: Der CSU-Chef wird laut Umfragen immer beliebter, was ihn noch selbstbewusster werden lässt. Auch deswegen die beeindruckende Inszenierung von Herrenchiemsee. Nur eine ist derzeit noch angesehener: Angela Merkel. Die Kanzlerin gilt gemeinhin als unprätentös. Doch Merkel überlässt ebenfalls ungern etwas dem Zufall. So gibt es im Pres-

seamt eine Expertin für Foto-Termine, die vorab die Orte inspeiziert und für den schönsten Blick auf die Regierungsscheife sorgt.

Dass Merkel um die Macht der Bilder weiß, zeigt beispielsweise eine Episode aus dem Jahr 2014: Damals gewann die Fußballnationalmannschaft den WM-Titel in Brasilien. Die Kanzlerin eilte in die Kabine und ließ sich mit den zum Teil halbnackten Spielern des Teams von Jogi Löw ablichten. Ebenfalls ein Foto für die Ewigkeit.



Kanzler Gerhard Schröder (l.) und der sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt im Jahr 2002 beim Elbehochwasser.

Agentur „No Drama“ weiß: „Bilder sind wie ein Magnet für unsere Aufmerksamkeit, sie wecken Emotionen und brennen sich in unser Gedächtnis.“ Das gelte auch für Fotos, über die man sich lustig mache, „so lange sie noch an der Grenze zur Peinlichkeit vorbei schrammen“. Politiker wissen das.

Dick aufgetragen

Anders als Söder beherrscht Merkel allerdings das Prinzip Maß und Mitte. Während der CSU-Chef schon frühzeitig mit der bayerischen Maske als Anti-Corona-Kämpfer Eindruck hinterlassen wollte, hielt Merkel sich noch zurück. Bis sie quasi einer Journalistin öffentlich dazu aufgefordert wurde, sich doch auch mal mit dem Corona-Schutz zu zeigen. Merkel achtet penibel darauf, es nicht zu übertreiben.

Grünen-Chef Robert Habeck scheint da anders zu ticken. Als er jetzt mit Schleswig-Holsteins Regierungschef Daniel Günther wandern war, entdeckte er ein paar Pferde. Es entstand ein Foto, auf dem sich die Tiere über den am Boden sitzenden Politiker beugen und an ihm riechen.

Bei „Instagram“ trug Habeck dick auf. „Das ist so dicht an Magie, wie man kommen kann.“ Der Spott über das Pferdebild ließ in den sozialen Netzwerken nicht lange auf sich warten. Natürlich und menschlich, das sind aber Habecks Fotobotschaften. So zeigte er sich schon in Socken am Boden eines ICE oder wie er sich in der Corona-Krise selbst die Haare schnitt.

Experte Harbers glaubt, dass der Grüne „mit seiner saloppen Bilderwelt die für seine Partei wichtigen Zielgruppen anspricht“. Das Problem sei nur: „Es sind nicht unbedingt Bilder, die man von einem künftigen Bundeskanzler sehen will.“



Grünen-Chef Robert Habeck trifft bei einem Ausflug am Wochenende Pferde, mit denen er posiert. BILDER: DPA, INSTAGRAM

Merkels Vorgänger, Gerhard Schröder, sicherte sich sogar durch geschickt arrangierte Aufnahmen seine Wiederwahl. Anfang 2002 glaubte kaum noch einer daran, dass der durch die Agenda 2010 gebeutelte Schröder Kanzler bleiben würde. Dann kam das Elbehochwasser und der SPD-Mann entdeckte in sich den Krisenmanager. Die Fotos von ihm in Gummistiefeln an der Wasserkante sind legendär und verfehlen ihre Wirkung nicht. Der Politikberater Klaus Harbers von der Berliner

Frankreich: Bei seiner Antrittsrede stellt der neue Premierminister ein ambitioniertes Programm vor, das er in den verbleibenden 600 Tagen seiner Amtszeit umsetzen will

Jean Castex will das gesplante Land einen

Von Birgit Holzer

Paris. Als zweiter nach einem sehr guten ersten Redner zu sprechen, ist nie einfach. Das gilt umso mehr, wenn jener Zweite dem Vorhergehenden nicht die Schau stehlen soll, zugleich aber hohe Erwartungen auf ihm lasten. Dies war vor drei Jahren das Dilemma des damaligen französischen Premierministers Édouard Philippe. Just am Vortag seiner ersten politischen Grundsatzrede hatte Präsident Emmanuel Macron einen flamendenden Auftritt vor dem versammelten Parlament in Versailles hingelegt.

Nun erging es Philipps Nachfolger Jean Castex ähnlich: Mit seiner Antrittsrede vor der Nationalversammlung musste er bis gestern warten, um einem Fernseh-Interview Macrons zum Nationalfeiertag am 14. Juli den Vorrang zu lassen. Für Beobachter bestärkte dies die Rangordnung: Castex soll schlichtweg die Vorgaben des Präsidenten ausführen.

Umso mehr bemühte sich der 55-jährige neue Regierungschef, der bislang den Konservativen angehört und der breiten Öffentlichkeit nicht bekannt war, um ein resolutes Auftreten. Sein umfassendes, teils

sehr detailliertes Programm vermittelte in der Tat den Eindruck des Beginns einer neuen Amtszeit – einen Neuanfang hatte Macron mit der Regierungsumbildung ja auch markieren wollen.

Feinfühligler Verhandler

Dabei bleiben bis zur nächsten Wahl 2022 nur noch 600 Tage. Für Macron geht es darum, das Vertrauen der Franzosen zurückzugewinnen. Castex soll ihm dabei helfen. Dieser wurde auch deshalb für den Posten ausgewählt, da er als feinfühligler Verhandler und als Vertreter der ruralen Frankreichs gilt. Allerdings hat Cast-

ex die Elitehochschule ENA absolviert und Karriere als hoher Beamter hinter den Kulissen der Macht in Paris gemacht. Einen besonderen Akzent setzte er dennoch auf die Rückeroberung all jener in den Vorstädten, den ländlichen Regionen oder Übersee-Departements, die sich im Sich-Gelassen fühlen: Die „erste Ambition“ seiner Regierung sei es, das gesplante Land wieder zu einem, den Menschen zuzuhören. Bereits am Freitag werde er sich mit den Sozialpartnern zusammensetzen, um über alle wichtigen Themen zu sprechen: von einem neuen Wiederaufbau-Plan für die Wirt-

IN KÜRZE

Ermittlungen gegen Storch

Berlin. Nach der Verhüllung eines Karl-Marx-Denkmal in Berlin ermittelt der polizeiliche Staatsschutz gegen die AfD-Politikerin Beatrix von Storch und andere. Es bestehe der Verdacht des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz, sagte ein Polizeisprecher am Mittwoch. Die Aktion sei nicht angemeldet gewesen. Von Storch und Mitglieder der Jugendorganisation Junge Alternative hatten der Marx-Büste am Strausberger Platz zeitweise einen Plastiksack übergestülpt. Damit wollte die Politikerin nach eigenen Angaben gegen die Rassismusemde in Deutschland protestieren. Diese sei „zur Bilderrstürmerei verkommen“. **dpa**

Tönnies darf weitermachen

Rheda-Wiedenbrück. Der Fleischverarbeiter Tönnies will nach dem Corona-Ausbruch am Hauptstandort Rheda-Wiedenbrück an diesem Donnerstag wieder die ersten Schweine schlachten. Ab den frühen Morgenstunden würden die ersten Tiere angeliefert, sagte ein Konzernsprecher am Mittwoch. Die Stadt Rheda-Wiedenbrück hatte die seit Mitte Juni gültige Schlachtungsanordnung für die Schlachtung mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Der Betrieb war geschlossen worden, weil rund 1400 Mitarbeiter des Konzerns positiv auf das Coronavirus getestet wurden. **dpa**

Gericht stoppt Tweet

Altenburg/Gera. Nach einem Tweet gegen eine geplante Versammlung der AfD in Altenburg droht dem Oberbürgermeister der Ostthüringer Stadt nun ein Ordnungsgeld. Der CDU-Politiker André Neumann müsse 10 000 Euro zahlen, sollte er den Tweet nicht löschen, geht aus einer Mitteilung des Verwaltungsgerichts Gera von Mittwoch hervor. Neumann hatte eine in seiner Stadt geplanten Kundgebung der AfD mit den Chefs der AfD-Landtagsfraktionen Thüringens und Brandenburgs, Björn Höcke und Andreas Kalbitz, mit Postings bei Twitter und Facebook kritisiert. **dpa**

Borissow verweigert Rücktritt

Sofia. Der bulgarische Ministerpräsident Boiko Borissow schließt einen Rücktritt seiner Koalitionsregierung trotz entsprechender Forderungen von Demonstranten und Staatschef Rumens Radew aus. „Ein Rücktritt dieser Regierung wird die Lage nicht verbessern“, sagte er am Mittwoch. Borissow rief zu Bemühungen auch mit der Opposition zur Bewältigung der Krise auf. Borissow warnte, dass sich wegen Corona im Herbst und Winter eine schwierige Wirtschaftslage in dem ärmsten EU-Land abzeichne. **dpa**

Proteste in Chile

Santiago de Chile. Vor der Abstimmung im Parlament über eine vorzeitige Rentenausschüttung ist es in Chile zu Ausschreitungen gekommen. Demonstranten errichteten in der Nacht auf Mittwoch in der Hauptstadt Santiago de Chile Barrikaden, steckten Autos in Brand und griffen Polizeiwachen an, wie der Radiosender Cooperativa berichtete. Über 60 Menschen wurden festgenommen. In Chiles Rentensystem zahlen die Arbeitnehmer zehn Prozent ihres Brutlohns in private Rentenfonds ein. **dpa**